

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Zobanngasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
Bei der Redaction eingelangte Manu-
scripte werden nicht zurückgegeben.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zulagen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Filialen für Anzeigen:
Ditt. Kamm. Universitätsstr. 22,
Berl. Börsen, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Reg.-Anlage 16,200.
Abonnementspreis viertel, 4/2, 2/2,
incl. Postgebühren 6 Bk.,
durch die Post bezogen 6 Bk.,
Jede einzelne Nummer 2 Bk.
Belegexemplar 10 Bk.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postgebühr 20 Bk.,
mit Postgebühr 40 Bk.
Jahrespreis 50 Bk., Postzettel 30 Bk.
Größere Schriften laut weiteren
Preisverzeichnis. — Tabellen- und
Bog nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsbrett
die Spalte 40 Bk.
Zusätze sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abott wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

№ 285.

Sonntag den 12. October 1879.

73. Jahrgang.

Deffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 15. October a. e. Abends 6 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerhau.

- Tagessordnung:
- I. Wahl eines unbesoldeten Stadtraths.
 - II. Gutachten des Bau-, Oeconomie- und Finanz-Ausschusses über Arealverkauf an der Bismarckstraße 10.
 - III. Gutachten des Bau- und Oeconomie-Ausschusses über a. die Bauvorschriften für das kaiserliche Areal an der Jacobstraße, b. Feststellung der Straßenfluchtlinie an der neuen Frencklinstr., c. Erhöhung der Substanzpositionen 141 und 144 in Conto 1, d. Arealerwerbungen zur Herstellung einer Straße zwischen den Hinterhäusern der Gerberstraße und dem Reil'schen Areal.
 - IV. Gutachten des Bau-Ausschusses über a. Kostenberechnung für Reparaturen am Lagerhofgebäude, b. Einrichtung der früheren Fleischverkaufsstände Nr. 15-23 und 75-79 zur Aufbewahrung von Fleischgegenständen, c. Ueberdeckung der interimistischen Filter der Stadtwasserleitung.
 - V. Gutachten des Finanz-Ausschusses über theilweise Entnahme der Kosten für den Neubau der heiligen Brücke aus dem Stammvermögen.

Bekanntmachung.

An dem Neuen Stadttheater hierfeldt soll ein freistehendes Bissoir von Eisenconstruction erbaut und die Verfassung desselben an einen U-nternehmer in Accord verdingen werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, Zimmer Nr. 18, 2. Etage aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Begüthliche Offerten sind verpackt und mit der Aufschrift
Bissoir am Stadttheater betreffend
verselben ebendahin und zwar
bis zum 20. October d. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, den 10. October 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Banemann.

Bekanntmachung.

Die licitirten Geschäfts- und Wohnräume in dem Universitätsgrundstücke, Ritterstraße Nr. 6, sind ausgeschrieben und werden die nicht zur Veräußerung gelangten Bieter ihrer diesfälligen Gebote hiermit entlassen.
Leipzig, am 9. October 1879.
Universitäts-Verwaltung.
Graß.

Bekanntmachung.

die Bezahlung der Immobilien-Brand-Cassen-Beiträge betreffend.
Nach Beschluß des k. ö. Ministeriums des Innern vom 6. September 1879 wird mit Rücksicht auf den demaligen Vermögensstand der Abtheilung für die Gebäudeversicherung bei der Landes-Brand-Versicherungskasse der auf das zweite Halbjahr 1879 entfallende, zum 1. October d. J. zahlbare halbe Jahresbeitrag von der Gebäudeversicherung zum dritten Theile erlassen und kommt daher nach Höhe von 1 Pfennig von jeder Einlieger zur Erhebung.
Dagegen bemerkt es bezüglich der Abentrichtung der halbjährigen Beiträge für die Versicherung industrieller und landwirtschaftlicher Betriebsgegenstände, sowie wegen der Nachzahlung der auf bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.
Es werden demnach alle hiesigen Hausbesitzer, resp. deren Stellvertreter hierdurch aufgefordert, ihre Beiträge vom 1. October ab spätestens binnen 8 Tagen bei der Brandcasenkasse-Einnahme abzurufen — Brühl Nr. 47/51, II. Etage — zu bezahlen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Delinquenten eintreten müssen.
Leipzig, am 29. September 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Banemann.

Brennholz-Auction.

Es sollen
Montag, den 13. October d. J. von Vormittags 9 Uhr ab
11 von der Reparatur der Seidnigbrücke herrührende Haufen altes Brennholz unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung an gedachter Brücke meistbietend versteigert werden.
Leipzig, den 8. October 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Stdtg.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 14. October 1879, Nachmittags 3 Uhr,
sollen im Hofraum des zum Abbruch bestimmten ehemaligen Bezirksgerichtesgebäudes zu Leipzig (Ecke des Petersplatzes) von der kleinen Burggasse) verschiedene Fenker, Thüren und sonstige Baugesenstände partienweise gegen sofortige baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Leipzig, am 10. October 1879.
Königl. Bauamt und Königl. Baubewahret.

Die Aufgabe der nationalliberalen Partei.

Wer das Getriebe unseres öffentlichen Lebens, wie es sich in letzter Zeit gestaltet, mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird sich der Wahrnehmung nicht verschließen können, daß die vortreffliche Parteiverschiebung von tiefgreifender Bedeutung für die nächste Zukunft des deutschen Volkes ist. Kein Zweifel, die Area productiven Schaffens in unserem politischen Leben liegt allem Anscheine nach für längere Zeit hinter uns; es beginnt jetzt die Zeit der Rückwärtsentwicklung, der „Revision.“ Man hat der nationalliberalen Partei zu der Zeit, da sie einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung übte, oft den Vorwurf gemacht, mit altem großer Haß und Ueberstürzung die großen gesetzgeberischen Reformen betrieben zu haben, die jener Zeit ihren Ursprung verdanken. Es zeigt sich jetzt, wie richtig es gewesen, die Kunst des Augenblicks so weit auszunutzen, als es irgend gesehen konnte, und der Zukunft nicht allzu viel anzuvertrauen. Die absolute Unfruchtbarkeit, die noch alle vorwiegend conservativen Legislaturperioden auszeichnete, wird auch der jetzigen des preussischen Landtages eigen sein. Nur auf demjenigen Gebiete staatlichen Lebens, auf welchem die rasche treibende Kraft des Reichstages neuerdings mit besonderer Energie sich bewegt, auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Politik, wird die träge Masse der conservativen Parteien zu Ummüllungen fortgerissen werden, die zu der sonstigen Stagnation und Reaction, wie überhaupt zu den Principien der Erhaltung, in gewissem Contrast stehen. Auf allen andern Gebieten des Staatslebens werden wir — denn was für den preussischen Landtag Geltung gewinnt, ist von entscheidender Bedeutung für den Reichstag — trotz sein müssen, wenn wenigstens die Grundfragen geklärt werden, welche die Reformzeit des letzten Jahrzehnts errichtet hat. Und dieses wird der jetzt so viel geschmähten „liberalen“ Gesetzgebung der neueren Zeit wird doch sicherlich auch den bevorstehenden Stürmen trotzen. Es wird dieses entsetzt, verblüfft, zerstückt werden, die Fundamente werden sich aber doch fester zeigen, als daß diese plötzliche Verschiebung der hergebrachten Parteiverhältnisse einfach wieder an das langverjährt alte anknüpfen könnte.
Die Aufgabe der gemäßigten liberalen Partei ist unter diesen Verhältnissen klar vorgezeichnet; es gilt, alle Kraft dafür aufzuwenden, das mühsam Errungene den feindlichen Angriffen gegenüber nach Möglichkeit zu behaupten und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufzugeben. Wir stehen mit dieser Ansicht nicht allein da; eine Reihe angelegener liberaler Pressorgane behauptet denselben Standpunkt und ermahnt unser Bürgerthum, diese Krise müthig zu übersehen. In diesem Sinne schreibt das Organ „Vormittags“, der „Hannoversche Courier“:
„Es ist nun Alles vorbei; die Kerisalen werden eben beliebigen Verfassungs-Paragrapphen gegen bare Zahlung in kirchenpolitischen oder sonstigen, ihnen besonders werthvollen Angelegenheiten, z. B. im Unterrichtsweisen, opfern. In allen diesen Dingen kann der in die Minorität gedrängte Liberalismus Nichts thun, als das bestehende öffentliche Recht verteidigen, dem Volke die

Augen öffnen über Das, was vorgeht. Und dies ist, wie wir ja während der letzten Jahre zu erfahren Gelegenheit hatten, durchaus keine läbliche Position. In der Vertreibung schlechter begründeter Forderungen sind die Minoritäten aus einer förmlich in die Acht erklärten Partei, und sind die Kerisalen aus „Reichsfeinden“ zusammen zur officiell protegirten Majorität geworden; nehmen wir Liberale uns ein Beispiel an ihnen. Weil wir länger als ein Jahrzehnt mit der Regierung zusammenwirkten, hat das Volk hier und da vergessen, wozu in unseren politischen Verhältnissen eine selbstständige liberale Partei notwendig ist; es in der Vertreibung schwer errungener Fortschritte zu beweisen, dazu wird die Regierung dem Liberalismus allem Anscheine nach demnächst Gelegenheit geben.“
Die „Nationalzeitung“ äußert sich in einer ähnlichen Betrachtung wie folgt: „Was die zukünftige Haltung der Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus betrifft, so halten wir dieselbe für ungemein wichtig, da wir uns noch nicht am Ende aller Dinge angekommen glauben. Die große Masse liberaler Elemente, die eben abwartend und anscheinend apathisch der neuen Entwicklung gegenüberstehen, wird zweifellos auch dieser Referde wieder hervortreten. Wir wünschen, daß die nationalliberale Fraction im Abgeordnetenhaus sich so bewähren möge, daß den Liberalen im Lande der Anblick an sie möglich und wünschenswerth erscheinen muß. Eine „ohnmächtige Opposition“ kann die nationalliberale Fraction im Abgeordnetenhaus nicht in das Auge fassen. Eine sachliche und wahrsame Kritik dagegen fällt der Minderheit als natürliche Aufgabe zu. Die schwache Seite des wirtschaftlichen Programmes der Regierung ist die finanzielle Seite. Wir wünschen, daß die Thätigkeit der Liberalen im Landtag einer vorrührigen und erfruchtlichen Finanzpolitik der Regierung zu Gute komme; sie haben vor Fesseln erst und eindringlich zu warnen, unter keinen Umständen und auf keine Gefahr hin werden sie Veranlassung haben, erkannte Fehler mitzumachen. Den größten Fehler aber würden die Nationalliberalen begehen, wenn sie bei der ihnen von der „Prov. Corr.“ beschleunigten Dummheit die Verantwortlichkeit für Maßregeln theilen wollten, auf deren Gestaltung ihnen ein genügender Einfluß nicht eingeräumt wird.“
Eine gemäßig fortgeschrittliche Stimme äußert sich in der „Dresdener Zeitung“ dahin: „Und der Liberalismus, der durch das Volk, nicht durch die Regierung besiegte und niedergeschlagene Liberalismus? Nun, er wird weiter kämpfen; er ist ja des Kampfes gewohnt und er hat noch nie wie jetzt die Ueberzeugung gehabt, daß der Kampf nicht lange dauern wird. Vor Allem wird die Defensiv, zu welcher er jetzt gedrängt ist, auch zur Unterstützung innerhalb der Parteien beitragen. Denn Fehler — auch das wollen wir nicht leugnen — haben ja die liberalen Parteien begangen, sonst hätte der Umschwung nicht erfolgen können; ein gewisser Uebermaß hatte sie ergriffen. Wohl — dieser Uebermaß ist schon heute, ein paar Tage nach den Wahlen, auf die Gegner und Sieger, auf die Conservativen und Ultramontanen, übergegangen; man lese nur ihre Blätter; ein solches Hoch- und Triumphegeschrei ist noch nie erhoben worden. Der beste Beweis, daß sie des

Sieges nicht gewohnt sind. Wir haben von heute ab die Erregungsfähigkeit der letzten zehn Jahre zu verteidigen; wir werden uns dieser Aufgabe würdig zeigen. Können die Gegner anfrümen in den nächsten Sessionen des Abgeordnetenhauses; unser Ball wird die Einheit der liberalen Parteien sein, zu welcher uns die jetzt erlittene Niederlage führen wird, und das wird der größte, glänzendste und dauerndste Sieg sein, den wir nach dem Wahlsiege uns selbst verschafft haben.“ So weit die angeführten Blätter.
Aber auch der Gedanke muß uns mit Hoffnung erfüllen, daß ein fester Kern des mühsam errungenen Werkes von Bestand sein wird, daß wir die für die liberale Sache glänzendste Zeit mit bester Kraft ausgenutzt haben; dieser Gedanke vermindert die Besorgnisse, mit denen wir sonst dem reactionären Ansturm entgegensehen müßten. „Verteidigen und ausstehen“, das ist unsere Mahnung!“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 11. October.
Die Hoffnung, daß die zwischen Berlin und St. Petersburg bestehende Spannung in der einen oder anderen Weise einen Ausgleich finden sollte, scheint sich voreinst nicht zu heilen. Eine neue Rundgebung der Petersburger Regierungspresse enthält ein ebenso drastisches wie neues Mittel, um russische Organe für Angriffe gegen die hiesigen (?) Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zu strafen. Es wird angekündigt, daß jenen Blättern, welche die Regierung nach außen in Verlegenheit bringen, für eine bestimmte Zeit das Recht der Aufnahme von Inseraten aller Art entzogen wird. Dieser draconische Eingriff in das Privatleben wird von den Moskowiten schon deshalb als wirksam gepriesen, weil die Finanzinteressen in der erwähnten Presse eine große Rolle spielen. Bemerkenswerth ist es, daß neben der Censur die russische Presspolizei auch noch solcher Mittel bedarf, um Deutschlands Regierung vor den Angriffen der dortigen Blätter zu wahren. Schade nur, daß es officiell russische Blätter sind, welche Deutschland am heftigsten angreifen. Was soll es Dem gegenüber bedeuten, wenn dieselben geschäftlichen Feinden versichern, daß der Egar die Ausfälle der panslawistischen Presse gegen Deutschland getadelt und dem Minister des Innern den Auftrag erteilt hat, diesem agitatorischen Treiben ein Ende zu machen. Offenbar liegt hier ein Doppelspiel vor, welches im besten Fall so zu deuten, daß selbst in der Presseleitung die fanatischen Panslawisten ebenso wie die Anhänger des gemäßigten Regierungssystems den Pressofalen ihre Ordres erteilen. In Berlin läßt man in anderer Weise die russische Regierung fühlen, wie wenig Sympathien sie in maßgebenden Kreisen besitzt. Wie uns gemeldet wird, sollen eine Anzahl russischer diplomatischer Agenten, die in Berlin und in Baden-Baden anti-Bambritten, merkwillich kühl behandelt worden sein. Die Balken, Sadkroff, Orloff u. A. bitten unbesiegt Berlin und Baden-Baden verlassen und die Ueberzeugung mitgenommen, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn weber zu erschüttern ist, noch ein Beitritt zu demselben möglich sei.

leber die in Petersburg herrschende Stimmung bringt die „Römishe Zeitung“ die folgende bemerkenswerthe Correspondenz:
„Die Begegnung von Alexander und Wilhelm wurde theils mit Achselzucken, theils mit spöttlichem Lächeln aufgenommen: man glaubte und glaubt hier an dieses Freundschaftssignal noch weniger als in Deutschland, ärgert sich vielmehr über den Garen, der die Begegnung suchte. Die Meinungen von Gyar und Wolf geben fast auseinander, die Meinungen von Gyar und Regierung decken sich nicht mehr. Und es mag zum Theil richtig sein, wenn ausländische Blätter behaupten, Fürst Sidmarc mache nicht gegen Russland, sondern gegen den Panslawismus Front. Nur sind Panslawismus und Gläubigkeit und Russland so nah verwandt, daß man sie unter Umständen leicht verwechseln kann, und wer trägt dafür, daß diese Umstände nicht eines Tages sich ereignen? Auch für diesen Fall könnte Deutschland aber ruhig zusehen im Bewußtsein der neuen guten Beziehungen zu Oesterreich, wenn nicht in Russland wie in Frankreich der Gedanke an eine Verbindung von bedrohlicher Art verborgen wäre. Ich bin der Meinung, daß so vorsichtig man in Frankreich in Bezug auf diesen Gegenstand sein mag, jener Gedanke doch weit verbreitet ist und gelegentlich plötzlich hervorbrechen kann, eben so wie er in England ohne Zweifel ein politisches Gefühl weizelt und leicht die Bedeutung einer nationalen Idee erlangen kann. So gewaltige Veränderungen in den großräumlichen Beziehungen, wie wir sie jetzt erleben, geben den Anstoß zu unerwarteten, neuen und schwer voraus zu berechnenden Strömungen. Von allen jedoch ist keine leichter zu ahnen als der Versuch einer russisch-französischen Verständigung. Der Versuch wird gewiß gemacht werden, und es bleibt uns Deutschen nur zu wünschen, daß wir dann die erprobte Kraft des Fürsten Sidmarc ausreichend finden, um den Versuch zu hintertreiben oder seine bösen Folgen für Deutschland abzuwenden. Jedenfalls wird man wohl thun, in Deutschland auch außer der diplomatischen Sphäre diesem Gegenstande alle Aufmerksamkeit zu schenken.“
Zur parlamentarischen Lage werden uns die folgenden bemerkenswerthen Vorgänge aus Berlin gemeldet: Den Redaktionen in verschiedenen Blättern zufolge wird sich innerhalb des conservativen Lagers eine Reorganisation der Fractionenverhältnisse vollziehen. In der That ist der Unterschied zwischen Deutsch-, Alt-, Neu- und selbst Freiconservativen nachgerade so verschwommen und flüchtig geworden, daß sie sich leicht zu einer einzigen Partei zusammenschließen könnten. Es ist denn auch bisher nicht gelungen, die 170 conservativen Abgeordneten, die soeben aus den Wahlen hervorgegangen, nach ihrer genaueren Parteistellung zu sondern. Sie sind größtentheils einfach auf den Namen „conservativ“ bezw. gubernamental gewählt worden, und es wird meist vom Zufall oder persönlichen Rücksichten abhängen, in welchem der bisherigen conservativen Fractionenverbände sie Platz finden, wenn dieselben auch weiter noch anrecht erhalten werden. Eine eigentliche conservativ Partei im alten Sinne giebt es überhaupt nicht mehr oder sie zählt doch nur ganz vereinzelte Vertreter. Die alte conservativ Partei, die ihre eigene sehr ausgeprägte Ueberzeugung hatte und diese selbst gegen den Reichstanzler zu verfechten wagte, ist in den vorletzten Wahlen fast vollständig ausgerottet worden. Die verjüngte conservativ Partei wird den Versuch der Selbstständigkeit auch gegenüber dem gemäßigten Willen des Reichstanzlers schwerlich mehr wagen. Was